

## Schon wieder – Steuersenkung gegen jegliche Vernunft

Das Argument der SVP bei der Budgetdebatte vom 6. Dezember im Grossen Gemeinderat (GGR) man müsse dem Stadtrat das Geld wegnehmen, das er sonst zu grosszügig verteile und dann die Betreuungsgutscheine reduzieren und den absolut wünschenswerten Citymanager nicht zu bewilligen, das lässt tief blicken. Ich hege vor jeder Budgetdebatte wieder Hoffnung, sie mögen endlich begreifen, was die Aufgabe der Stadt ist, nämlich diejenigen zu unterstützen, die darauf angewiesen sind. Und selbstverständlich jene zu behalten, die das bezahlen. Aber mit ein Bisschen weniger Steuerrabatten laufen die Letzteren bestimmt nicht davon; Zug ist nicht so schlecht, dass man nur wegen der tiefen Steuern hier Wohnsitz hat – für die Meisten wenigstens. Wenn denn ein seit zwei Monaten vom 4. Ersatzrang doch noch in den Grossen Gemeinderat eingestiegene FDP-Gemeinderat billige Rechenschieber-Argumente einbringt, nämlich dass die Stadt über 2 Jahre mit dem vorhandenen Polster leben könnte, ohne Steuern zu erheben, dann frage ich mich, ob der Neogemeinderat wirklich gerade nichts Besseres zu tun hatte, als Zahlen zu beigen, die niemandem nützen. Denn es geht um Strategien, nicht

um Sparen und Verhindern. So z.B. beim Citymanager. Das der SVP und der FDP so sehr am Herzen liegende Gewerbe hätte nun mal Unterstützung gebraucht. Im Februar 19 reichte Thomas Dubach von der SVP die Motion «Masterplan Zuger Altstadt» ein. Nun ist aber nicht nur das Gewerbe der Altstadt auf einen Masterplan angewiesen. Denn die vielen Ex-Pats, die wohl eher auf grössere Städte ausweichen, als in Zug die grosse Vielfalt zu entdecken, die vielen ins Zugerland Fahrenden, die Zug-Konstanz-direkt-Bahnfahrenenden, die von der Neugasse Abgeschreckten (nein, ich bin immer noch nicht fürs Stadttunnel), die in der Bahnhofstrasse an leeren Verkauf- und Bürolflächen vorbei Sinnerenden etc. etc. -, die müsste man dringend in die Innenstadt, nicht nur die Altstadt, bringen und/oder sie hier behalten. Die vor gut zwei Jahren in Auftrag gegebene Studie der Stadt, den Zuger Detailhandel zu analysieren, hatte zur Folge, dass in der Entwicklungsstrategie der Stadt Zug das Ziel definierte wurde, lokales Gewerbe sowie deren Wertschöpfung zu erhalten und die Innenstadt als attraktive Flanier- und Einkaufszone aufzuwerten. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, Ideen zur Förderung und

Zusammenarbeit des Detailhandels zu erarbeiten – vom Casino bis zur Gubelstrasse. Das Projekt wurde nun über zwei Jahre hoch engagiert von Regula Kaiser, Beauftragte für Stadtentwicklung, zusammen mit Pro Zug, begleitet. Mit dem klaren Ergebnis: wir brauchen einen Citymanager, wie schon so viele andere Städte dies auch haben und sehr zufrieden sind. Der Detailhandel hätte die einmalige Chance erhalten, den Citymanager völlig autonom zu wählen, ihm Aufträge zu erteilen und die Stadt hätte die Anschubhilfe gewährleistet. Denn die ist meist der Knackpunkt bei so einem Projekt. Vielleicht erklären die 18 Personen, die gegen dieses Projekt stimmten (17 stimmten dafür), was das bitte mit Gewerbefreundlichkeit zu tun hat. Oder ist der Detailhandel kein Gewerbe?

Wen wundert es, wenn Personen aus Politik, Gewerbe und Verwaltung hochmotiviert an diesem Projekt arbeiteten, irgendwann sagen: schiebt doch selbst weiter, wenn ihr GGRLer das besser könnt. Ob dann nicht der eine oder andere Steuerzahlende nicht doch abwandert? Denn DAS ist es, was die Leute hier hält: ein lebenswertes Stadtleben, nicht 2 Prozent Steuerrabatt.

Ursula Strub, Zug

## Steuerrabatt, aber bei Betreuung streichen: Falsche Richtung für Mittelstand und Familien

Der Grosse Gemeinderat hat ob dem wiederholten Überschuss in den Stadtzuger Finanzen einen Steuerrabatt beschlossen. Gleichzeitig jedoch streicht er 600'000 Franken aus dem Budget für Betreuungsgutscheine (Subvention Fremdbetreuungskosten). Dies in Zeiten, in denen Fachkräftemangel herrscht und in einer Stadt, die bei Vereinbarkeit von Beruf und Familie im nationalen Vergleich happighinterherhinkt. Die Begründung: Das Budget wurde nie ausgeschöpft, weil zu wenig Familien den Anspruch erfüllen. Wäre es

da nicht eher angebracht, die Einkommensgrenze anzuheben, damit mehr Familien profitieren?

Das wäre wirksame Entlastung des Mittelstands. Denn ohne Subventionen zahlt eine Familie mit zwei Kindern für 2 bis 3 Tage Betreuung in der Krippe 30'000 bis 40'000 Franken im Jahr. Und weil die Kinder wegen fehlender Plätze in der schulergänzenden Betreuung auch oft im Kindergarten noch in die Krippe gehen - zu vollem Tarif, obwohl sie erst ab Mittag betreut werden - darf man den Betrag gerne mal sechs rech-

nen. Natürlich geht die Anpassung nicht über den Budgetprozess, aber die Kürzung der Beiträge ist definitiv ein falsches Zeichen an Mittelstandsfamilien. Denn mit 2 Prozent Steuerrabatt gehen sie höchstens mal auswärts essen. Ob es auch für den Babysitter reicht, wage ich zu bezweifeln. Geschweige denn für die gestiegenen Krankenkassenprämien, Energie- oder Lebenshaltungskosten. Wer vom Steuerrabatt profitiert sind jene, für die all die Ausgabenposten gar kein Thema sind.

Marilena Amato Mengis, Zug

## Kritik am System muss erlaubt sein

Im Zusammenhang mit den Reichsbürgern, wird oft kolportiert, dass die Ablehnung des Staates direkt zum Terrorismus führt, dies mag bei der RAF gelten, aber schon bei der 68er-Bewegung trifft dies bei wenigen zu. Man kann auch aus nachvollziehbaren Gründen den Staat ablehnen und ihn als Grund allen Übels betrachten. Das Gleiche gilt für die Diffamierung der Querdenker. Wer nicht willens ist sich mit den jeweiligen Argumenten dieser Personen auseinander zu setzen, verwirrt das Recht zur Pauschalkritik. Natürlich ist die Nähe zu Verschwörungstheorien oft unverkennbar. Aber auch da lohnt es sich genauer hinzuhören. Nicht selten haben sich die Argumente der «Verschwörer» als wahr erwiesen. Dies gilt nicht für alle. Viele Theorien sind antisemitisch, aber nicht alle, die dem Mainstream widersprechen sind Antisemiten. Hätte man 1968 genauer zugehört, hätten vielleicht einige späteren RAF-Mitglieder rechtzeitig von ihrem toxischen Umfeld befreit werden können. Man hätte vielleicht ihre Ra-

dikalisierung verhindern können. Auch heute wird wieder nicht zugehört und man pocht auf alte Rezepte. Ich persönlich finde unser raubtierkapitalistisches System und die Vergötterung von Rechtsnormen unmenschlich und falsch und lehne den Staat in der heutigen Form ab, aber das heisst nicht, dass ich ihn mit Gewalt verändern möchte. Vielleicht sollten wir mit den Klima-Aktivistinnen der letzten Generation reden, bevor sie sich radikalieren. Aber das Reden muss gegenseitig sein, es könnte ja auch sein, dass die anderen recht haben und sich das Klima aus anderen Gründen ändert, als es die Klimajugend vorstellt. Als erstes müssen wir jedoch lernen, das Kritik am System erlaubt sein muss. Und dass «Bewegungen» zur Übertreibung neigen müssen, um sich Gehör zu verschaffen! Die Suffragetten arbeiteten übrigens um 1900 für das Frauenwahlrecht mit ganz ähnlichen Werkzeugen, wie die letzte Generation. Dies gilt es auszuhalten. Grundübel unserer Gesellschaft ist die Pauschalisierung

und das Beharren auf seine eigene Meinung. Vergessen wir nicht, dass Gewalt, wie die Tötung von Benno Ohnesorg oder das Attentat auf Rudi Dutschke massive Auswirkungen hatten, Lassen wir es nicht mehr so weit kommen und reden miteinander.

Wenn wir Andersdenkende ausstossen, zwingen wir sie sich zu radikalieren. Was die Konservativen vor 1968 waren, sind heute die linken Identitätsfundamentalisten, die alles vereinheitlichen wollen, und eigentlich stockkonservatives Denken verbreiten, ein Denken, welches die 68er bekämpften und keine Diskussion zulässt. Soziologen, welche von der Romantisierung des Selbstdenken reden, haben nicht begriffen, dass Politik und Wissenschaft immer nur ein Irrtumsbelastetes Herantasten an die Wahrheit darstellen und bei diesem Herantasten sind wir auf die Selbstdenker angewiesen, um die Scheuklappen der Experten zu zerstören und so die Sicht zu erweitern.

Michel Ebinger Rotkreuz

## Mobilität im Fokus

Es ist an der Zeit, dass das Mobilitätskonzept des Kantons Zug im nächsten Jahr mit der Anpassung des Richtplans festgesetzt wird. Es ist zu begrüssen, dass nach der öffentlichen Mitwirkung die diversen Eingaben und Vorstösse überprüft wurden und teils in die Vorlage eingeflossen sind. Die Mobilität ist auch Thema in den laufenden Ortspla-

nungsrevisionen, die aufgrund von politischen Vorstössen zu den beiden Vorlagen der Umfahrungen von Unterägeri und Zug geführt haben. Der Zeitpunkt ist logisch und gut. Denn so wird ermöglicht, die Mobilität umfänglich und unter Berücksichtigung der wichtigsten Einflüsse zu diskutieren. Gerade für den ÖV, Langsamverkehr und den An-

spruch auf eine qualitative Aufwertung in den Zentren bietet dies ein transparentes und gesamtheitliches Vorgehen. Ich bin froh, haben die Zuger Regierung und das Parlament den Mut, die Weichen für unsere zukünftigen Generationen zu stellen und die dringenden Herausforderungen anzupacken.

Tao Gutekunst, Hagendorn

## Geschenke, aber nicht für alle

Es ist Weihnachtszeit. «Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht», sagt die Startseite des Kantons Zug. Wohl auch deshalb scheint es in der Adventszeit etwas weniger zu glitzern und zu funkeln als auch schon. Wir alle versuchen Energie zu sparen und stellen leicht beschämt fest, dass es Dinge gibt, die man ausschalten kann, ohne dass die Lebensqualität sich mindert... das hätten wir auch schon früher merken können. Aber immerhin.

Es gibt auch sonst dunklere Kapitel. Die hohen Energiepreise, steigende Mieten und die unsicheren Prognosen bezüglich Teuerung vergrössern die Unsicherheit. Das betrifft alle. Aber je tiefer das Einkommen, desto mehr schlagen diese steigenden Kosten direkt aufs existentielle Haushaltsbudget durch, so dass es schnell unangenehm oder gar unmöglich wird, dieses zu stemmen. Die Inflation zeigt sich aufgrund verschiedener Warenkörbe bei den kleinen Löhnen am unbarmherzigsten. Aber am Horizont leuchtet ein massiges Weihnachtsgeschenk. Nein, nicht für alle. Wer hat, dem wird in der nächsten Steuerreform voraussichtlich gegeben. Je höher Ihr Einkommen und Ihr Vermögen, desto mehr dürfen Sie sich freuen. Fröhliche Weihnachten! Nur entlastet dieses Paket genau jene, die am wenigsten unter den oben genannten Faktoren zu leiden haben - so geht Adventszeit bei uns.

Der Kanton Zug ist bei den Steuern heute schon die Nummer 1. Niemand und kein Unternehmen ächzt unter der ach so hohen Steuerlast. Im Gegenteil; wir sind bereits steuer-



Christian Hegglin.

Foto: zvg

lich sehr privilegiert. Aber viele leiden unter den teilweise horrenden Mieten und den sonst hohen Preisen. Sogar der Kaffeepreis ist im Kanton Zug schweizweit am höchsten. Es ist die Zeit der Besinnung. Vielleicht besinnen wir uns darauf, dass dieses Geld besser für alle, statt nur für wenige verwendet wird. Und vor allem für jene, denen es am schlechtesten geht. Für günstige Kinderbetreuungsangebote, gut erreichbare Naherholungsgebiete, ökologische Leuchtturmprojekte, hervorragende Schulen, erhöhte Mindestlöhne und für endlich mehr bezahlbaren Wohnraum. Halleluja.

Christian Hegglin  
SP Kantonsrat

## Meine Gedanken zu einem Steg

Liebe Leserinnen und Leser, vor circa einem Jahr habe ich über meine Arbeit als Kantonsrat geschrieben. Heute möchte ich Ihnen eine weitere oder über eine andere Seite als Kantonsrat berichten. Als Kantonsrat erhalte ich sehr viele Einblicke in die kantonalen Geschäfte, welche oft auch die Gemeinden betreffen. Daraus resultiert, dass ich an verschiedene Anlässe eingeladen oder angefragt werde in verschiedenen Gruppen mit zu wirken.

Zum Beispiel bin ich in der Interessengruppe Seepromenade Ägerital. Es hat mich sehr gefreut, dass an den letzten Infoveranstaltungen in Unter- und Oberägeri über 700 Interessierte kamen. Besonders freute mich, dass sehr viele erkannt haben, dass sich das Projekt positiv gewandelt hat. Viele positive Voten wurden kund getan. Es geht nicht mehr nur um einen Seesteg, im Gegenteil es soll eine abwechslungsreiche Promenade entlang des Ägerisees geben. Wichtig ist, dass es nicht nur ein Strecke zum Spazieren gibt, es muss auch Plätze geben, an denen man sich gerne aufhält und geniessen kann. Es gibt nicht mehr viele Plätze entlang des Ägerisees, welche aufgewertet werden können. Wichtig ist zu verstehen, dass es nicht nur um jetzt sondern um unsere Zukunft geht. Es braucht Weitsicht. Im Kanton Zug nimmt die Bevölkerungszahl zu und das führt dazu, dass die bisherigen Plätze mehr genutzt oder teilweise überfüllt sind. Hätte man damals zum Beispiel die Maienmatt kleiner gebaut, würde man sie heute nicht mehr in diesem Ausmass nutzen können. Auch beim Ägeribad zeigte



Patrick Iten.

Foto: zvg

sich die Bevölkerung sehr weitsichtig und setzte damit eine weitere Bereicherung für unser Ägerital. Es ist richtig, dass sich die Ägeritaler Gemeinden frühzeitig mit dem Thema Seepromenade auseinandersetzen, damit bei der anstehenden Sanierung der Kantonsstrasse die möglichen Synergien genutzt werden. Eine weitere, für mich schöne Seite, sind die vielen Begegnungen mit Ihnen. Ich wünsche Ihnen von Herzen eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten. Es braucht nicht unbedingt viele Lichter sondern wärmende Begegnungen.

Patrick Iten  
Kantonsrat  
Die Mitte Oberägeri